

## EINLADUNG

### 27. Sitzung des Ständigen Ausschusses

am Donnerstag, 22. November 2018, 13:00 Uhr  
Friedrich-Ebert-Saal

## TAGESORDNUNG

1. Bericht des Ministers der Justiz und für Europa zum Fall der Gruppenvergewaltigung in Freiburg
2. Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/....  
– Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes (wird nachgereicht)
3. Antrag der Abg. Lars Patrick Berg u. a. AfD und  
Stellungnahme des Staatsministeriums  
– Verdeckte Subventionierung von Werbeträgern, privaten  
Medien und Veranstaltern durch die Landesregierung? – Drucksache [16/4246](#)
4. a) Antrag der Abg. Sascha Binder u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und  
Integration  
– Weitere notwendige Aufarbeitung des Staufener Miss-  
brauchsfalles;  
hier: Umgang des Jugendamtes mit Hinweisen – Drucksache [16/4970](#)  
b) Antrag der Abg. Sascha Binder u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Weitere notwendige Aufarbeitung des Staufener Miss-  
brauchsfalles;  
hier: Diverse Arbeitsgruppen und Kommissionen der  
Landesregierung – Drucksache [16/4971](#)  
c) Antrag der Abg. Sascha Binder u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Weitere notwendige Aufarbeitung des Staufener Miss-  
brauchsfalles;  
hier: Führungsaufsicht und Kommunikation zwischen  
Behörden und Gerichten – Drucksache [16/4972](#)

- d) Antrag der Abg. Sascha Binder u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Weitere notwendige Aufarbeitung des Staufener  
Missbrauchsfalles;  
hier: Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Ge-  
setzes über das Verfahren in Familiensachen und  
in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichts-  
barkeit (FamFG) sowie Fortbildungspflicht von  
Richterinnen und Richtern – Drucksache [16/4973](#)
- e) Antrag der Abg. Sascha Binder u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisie-  
rung und Migration  
– Weitere notwendige Aufarbeitung des Staufener  
Missbrauchsfalles;  
hier: Die „Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des In-  
nenministeriums, des Justizministeriums und  
des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren zu einer ressort-  
übergreifenden Konzeption zum Umgang mit be-  
sonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern  
(VwV KURS)“ und ihre Umsetzung – Drucksache [16/4974](#)
5. Antrag der Abg. Bernd Gögel u. a. AfD und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Erneut: Kurzfristige Verstärkung der Verwaltungsge-  
richtsbarkeit durch Richter auf Zeit zur Bewältigung  
der Asylklagewelle – Drucksache [16/4239](#)
6. Antrag der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Justiz – Drucksache [16/4752](#)
7. Antrag der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Gesetzesinitiative der Bundesjustizministerin zum Ab-  
mahnunwesen – Drucksache [16/4860](#)
8. Antrag der Abg. Jonas Weber u. a. SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Ulm – Drucksache [16/4878](#)
9. Antrag der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP und  
Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa  
– Präsident Erdogan verlangt von Deutschland Auslieferung  
von 136 Menschen – auch aus Baden-Württemberg? – Drucksache [16/4936](#)

10. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 4. Oktober 2018, Az.: 1 GR 53/18
  - Organstreitverfahren eines Abgeordneten gegen seine ehemalige Fraktion wegen der Erstattung von Kosten der außergerichtlichen anwaltlichen Tätigkeit in einem Organstreit
  
11. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 15. Oktober 2018, Az.: 1 VB 64/17
  - Besorgnis der Befangenheit einer Richterin am Verfassungsgerichtshof wegen der Ausübung eines Amtes in der Verwaltung
  
12. Verschiedenes

Dr. Stefan Scheffold MdL